



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

174. Ratssitzung vom 7. Januar 2026

5651. 2025/619

Postulat von Nadina Diday (SP) und Yves Henz (Grüne) vom 17.12.2025:
Pilotprojekt für einen Zugang zu kostenloser Beratung, Testung und Erstbehandlung für sexuell übertragbare Infektionen (STI) für die gesamte Wohnbevölkerung der Stadt

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Yves Henz (Grüne)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5622/2025): Es geht darum, dass wir uns in der Gesundheitsprävention nicht auf eine mehr oder weniger arbiträre Alterskategorie beschränken und auf halbem Weg stehen bleiben. Es geht darum, die Prävention auf die gesamte Bevölkerung auszuweiten. Sexuelle Krankheiten machen nicht bei einer Altersgrenze von 30 Jahren Halt. Wir haben eine Verantwortung für die Gesundheit der Gesamtbevölkerung. Mit der Ausweitung auf die Gesamtbevölkerung stärken wir die Prävention bei den sexuell übertragbaren Krankheiten weiter. So können wir in allen Altersgruppen dafür sorgen, dass Infektionsketten unterbrochen und zusätzliche Ansteckungen verhindert werden. Wir haben die Forderung als Postulat eingebracht und nicht wie ursprünglich vorgesehen als Änderungsantrag, weil es von unterschiedlicher Seite – unter anderem auch vom Gesundheits- und Umweltdepartement (GUD) – Kritik gab. Es fehle eine Studie und damit die entsprechende Evidenz, ob das Gratistestangebot bei Menschen zwischen 30 Jahren und dem Lebensende gleich effektiv ist. Für uns ist klar: Wenn wir nicht wissen, ob es funktioniert, es aber potenziell eine sehr grosse positive Wirkung hat, muss man es in einem Pilotprojekt wissenschaftlich begleitet ausprobieren.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

***STR Andreas Hauri:** Das Pilotprojekt richtete sich an Menschen bis 25 Jahre. In der definitiven Fassung erhöhten wir das Alter auf 30 Jahre. Der Stadtrat ist der Meinung, dass das der richtige Mitteleinsatz ist. Die Altersgruppe bis 30 Jahre hat das grösste Risikoverhalten. Man muss abwägen, wo man die Ressourcen einsetzt. Wenn man das Angebot auf die gesamte Bevölkerung ausweitet, erfordert das einen deutlichen Ausbau der Ressourcen – bei einem relativ unklaren erwarteten Nutzen. Bei Menschen bis 30 Jahre wissen wir, dass sich die aufgelegten Massnahmen lohnen. Der Stadtrat will nicht bereits*



den nächsten Pilotversuch starten, der viele Ressourcen verschlingt und dessen Nutzen unklar ist. Ausserdem können sich alle Menschen über 30 Jahre jederzeit in ihrer Arztpraxis testen lassen. Es klingt so, als ob in Bezug auf die sexuelle Gesundheit alles gefährdet ist, wenn man die Tests nicht gratis anbietet. Das ist selbstverständlich nicht so. Wir gehen davon aus, dass Menschen über 30 Jahre auch eher finanzielle Möglichkeiten haben, um die Tests über die Krankenkasse abzurechnen und über ein grösseres Wissen bezüglich des angemessenen sexuellen Verhaltens verfügen.

Weitere Wortmeldungen:

Nadina Diday (SP): Ich bin erstaunt, dass STR Andreas Hauri sagt, man wisse es nicht so genau und ein Pilotprojekt deshalb ablehnt. Ich finde, man weiss es nicht so genau und braucht genau deshalb ein Pilotprojekt. Vor zwei Jahren war Dr. Morton Keller, der damalige Direktor der Dienstabteilung Städtische Gesundheitsdienste, bei uns in der Kommission und zeigte uns Daten der Stadt Zürich. Diese zeigten klar, dass HIV, Syphilis, Chlamydien, Hepatitis und Gonokokken in allen Altersgruppen vorkommen. Ausserdem sah man, dass die Infektionen mit Syphilis, Chlamydien und Gonokokken in Zürich steigen, weil wir in einer vielfältigen Gesellschaft mit verschiedenen Beziehungsbiografien leben und das sexuelle Verhalten keinen Jahrgang mehr hat. Darüber bin ich froh. Es bedeutet aber, dass der niederschwellige Zugang nicht einfach ein Luxus ist. Er resultiert aus der gleichen epidemiologischen Vernunft. Es geht darum, herauszufinden, ob es sich lohnt, auch dieser Altersgruppe Hand zu bieten, weil sich so mehr Leute testen lassen und frühzeitig behandelt werden können. Das mit einem Pilotprojekt herauszufinden, ist gesundheitspolitisch das Richtige und langfristig auch kosteneffizienter.

Dr. David Garcia Nuñez (AL) stellt folgenden Textänderungsantrag: Die Weisung und die Vorstösse haben für die AL zwei Seiten: eine finanzpolitische und eine gesundheitspolitische. Jetzt geht es um die gesundheitspolitische Seite. Wir wollen uns nicht vom infektiologischen Prinzip trennen, das solche Interventionen nur bei Risikogruppen sinnvoll sind. Ich bin erstaunt über die Aussagen der SP, der Grünen und des Vorstehers des GUD. Sie sagen, die Risikogruppe sei unter 25 Jahre alt, that's it. Das ist nicht wahr. Es gibt eine zweite Risikogruppe ab 50 Jahren. Das hängt mit dem Thema Scham zusammen. Ich wurde dieses Jahr 50 Jahre alt. Ich weiss nicht, wie viele von Ihnen meines Jahrgangs eine Sexualaufklärung in der Jugend hatten. Im Glarnerland bestand die Aufklärung darin, dass jemand ins Klassenzimmer kam, über Geschlechtsverkehr sprach, eine Banane hervorholte und einen Pariser darüberstülpte. Meine Generation und ältere haben mit diesem Thema tatsächlich Schwierigkeiten. Deshalb ist die AL der Meinung, dass das Pilotprojekt für die Bevölkerung ab 50 Jahren geführt werden soll. Dann haben wir aber ein weiteres Problem: Im Moment werden viele Tests im Gesundheitszentrum Checkpoint gemacht. Das ist eine super Institution, die jedoch auf die LGBTIQ-Community fixiert ist. Ich kenne wenige cis-heterosexuelle Menschen, die bei Gesundheitsproblemen an den Checkpoint denken. Deshalb sind wir der Meinung, dass man bei einem solchen Pilotprojekt eine Kooperation mit dem Stadtspital suchen müsste. Wir stel-



len entsprechend folgenden Textänderungsantrag: «Der Stadtrat wird gebeten, zu prüfen, wie parallel zur Verstetigung des Angebots zur Testung sexuell übertragbarer Infektionen für junge Erwachsene ein Pilotprojekt lanciert werden kann, welches den Zugang zu kostenloser Beratung, Testung und Erstbehandlung für sexuell übertragbare Infektionen auch Personen, die 50 Jahre und älter und in der Stadt Zürich wohnhaft sind, ausweitet. Hierbei soll insbesondere die Kooperation zwischen dem Stadtspital und spezialisierten Testzentren gesucht werden.» Damit haben wir die Diskussion über die Generalisierung elegant umschifft.

Deborah Wettstein (FDP): Die FDP steht klar zur Prävention und zur sexuellen Gesundheit. Deshalb unterstützen wir die gezielte Verstetigung des bestehenden Angebots für Beratung und Testung von sexuell übertragbaren Infektionen (STI) für junge Erwachsene bis 30 Jahre. Das Angebot ist fokussiert wirksam und setzt genau dort an, wo der grösste Nutzen entsteht. Das vorliegende Postulat ist hingegen ein klassisches Beispiel von gut gemeinter, aber schlecht gemachter Gesundheitspolitik. Das Postulat fordert ein kostenloses Gesundheitsangebot für die ganze Wohnbevölkerung inklusive Beratung, Testung und Erstbehandlung. Damit würde die Stadt eine rote Linie überschreiten. Die medizinische Grundversorgung ist keine kommunale Gratisleistung, sondern gehört in die obligatorische Krankenkasse. Wer alles übernimmt, entmündigt die Bevölkerung und hebt ein bewährtes Versicherungssystem aus. Das ist nicht Prävention. Das ist ein Vollkostenstaat. Weiter verabschiedet sich das Postulat komplett von jeglicher Zielgenauigkeit. Gerade weil die Ressourcen begrenzt sind, braucht Prävention klare Prioritäten. Die Alterslimite im bestehenden Angebot ist keine Schwäche, sondern eine Stärke. Wer stattdessen alle einschliesst, erreicht am Schluss weniger und bezahlt deutlich mehr. Prävention mit der Giesskanne ist ineffizient und unverantwortlich. Die Stadt Zürich hat heute schon ein sehr gutes und dichtes Gesundheitsnetz. Hausärztinnen und Hausärzte, Fachärztinnen und Fachärzte, Spitäler und Beratungsstellen bieten STI-Testing und Behandlung schon lange an. Das Postulat ignoriert die Realität und schafft bewusst eine neue Doppelspurigkeit. Anstatt bestehende Strukturen zu nutzen, soll die Stadt ein Parallelsystem aufbauen. Das ist teuer, aufwendig und völlig unnötig. Die finanziellen Folgen werden bewusst vernebelt. Das Postulat spricht von einer Prüfung. Aber das Ziel ist ein dauerhaftes, kostspieliges Angebot. In Zeiten steigender Gesundheitskosten und Sozialausgaben ist das fahrlässig. Hypothetische Einsparungen in der Zukunft sind keine Rechtfertigung für eine blinde Ausgabenpolitik heute. Die FDP steht für Eigenverantwortung, einen liberalen Staat und eine Gesundheitspolitik mit Augenmass. Nicht alles, was sinnvoll ist, muss gratis sein – und schon gar nicht für alle.

Yves Peier (SVP): Die Forderung, das Angebot auf alle Leute in der Stadt Zürich auszuweiten, geht klar zu weit und ist aus Sicht der SVP weder nötig noch verhältnismässig. Für Erwachsene über 30 Jahre gibt es bereits flächendeckende Zugänge zu medizinischen Beratungen im bestehenden Gesundheitssystem. Ausserdem geht es auch hier um das Prinzip der Selbstverantwortung. Sexuelle Gesundheit ist primär eine persönliche Verantwortung. Es ist nicht die Aufgabe der Stadt Zürich, für alle Altersgruppen gratis



Leistungen anzubieten, die schon durch das bestehende Versicherungssystem abgedeckt werden. Nicht zuletzt würde das Pilotprojekt für die ganze Bevölkerung erhebliche Zusatzkosten verursachen.

Florine Angele (GLP): Die GLP hatte den Änderungsantrag 1 abgelehnt und lehnt auch das Postulat ab. Es macht für uns keinen Unterschied, ob die Forderung als Pilotprojekt aufgesetzt wird oder nicht. Wir finden die Altersgrenze nicht arbiträr gewählt. Es macht für uns Sinn, dass man gezielt in puncto Ansteckungsrisiko und finanziellen Möglichkeiten unterstützt. Das trifft auf die Leute unter 30 Jahren zu. Ausserdem können sich alle testen lassen – es hat einfach einen Preis. Es gäbe auch noch viele andere Leistungen, die aus gesundheitlicher Sicht sinnvollerweise gratis wären: Eine kostenlose Grippeimpfung für alle wäre sicher wünschenswert. Aber es ist eine Ressourcenabwägung. Für alle, die das verdrängen: Die Staatsfinanzen und die Finanzen der Stadt sind nicht unendlich. Wir können nicht alles finanzieren. Wir finanzieren mit der neuen Verordnung für die Gratistests schon einen sehr wichtigen Teil für viele Leute. Aber das noch einmal auszuweiten, sehen wir nicht.

Karin Weyermann (Die Mitte): Die Fraktion Die Mitte/EVP wird das Postulat sowohl mit als auch ohne Textänderung ablehnen. Die Textänderung verstehen wir gar nicht. Nicht nur, weil ich dann nicht zu jener Gruppe gehöre, die davon profitieren würde. Wir sehen es aber auch für die gesamte Wohnbevölkerung nicht. Wir erachten die Weisung, die vorher beraten wurde, als sinnvoll, zielführend und genau auf die vermutlich relevante Zielgruppe für diese Thematik ausgerichtet. Das Postulat will das Anliegen einfach besser verkaufen. Es ist aber ziemlich klar, dass ihr jetzt schon davon überzeugt seid, dass es für alle nötig ist, und der Pilotversuch garantiert in einer Notwendigkeit enden wird. Wir sehen das nicht so. Wir teilen die Auffassung des Vorstehers des GUD, dass es sehr unwahrscheinlich ist und es in der Altersklasse über 30 Jahre tatsächlich verschiedene Komponenten gibt, die das Angebot als nicht mehr notwendig erscheinen lassen.

Yves Henz (Grüne) ist mit der Textänderung einverstanden: Die FDP sagt, alle anderen seien blind und lehnt deshalb einen Pilotversuch, der wissenschaftliche Erkenntnisse generieren würde, ab. Wer ist blind? Ähnliches gilt auch für die GLP und die Die Mitte, die gar nicht herausfinden wollen, ob das Angebot einen Nutzen für die Bevölkerung hat, weil es ihnen ideologisch nicht in den Kram passt. Es geht um die Gesundheit der Bevölkerung und darum, Infektionsketten zu unterbrechen. Aber aus ideologischer Sicht wollen Sie nicht einmal ausprobieren, ob es etwas bringt. Die rechte Seite sagt immer, sie habe die Ressourcen im Blick und Sorge dafür, dass nicht zu viel ausgegeben wird. Aber wir müssen doch schauen, welche Rechnungen die Leute am Ende des Tages bezahlen. Wenn uns eine gute Prävention gelingt, wirkt das auf die Prämien, weil die Gesundheitskosten sinken, da wir Krankheiten früh erkennen. Diese Rechnung macht ihr aufgrund ideologischer Verblendung nicht. Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Rat gehen wir auf den chirurgischen Eingriff der AL ein. Die AL greift im Antrag auf vorhandenes Wissen zurück. Sie lehnt es jedoch ab, herauszufinden, ob es in der Zwischenaltersgruppe



auch nötig ist. Das bedauern wir. Aber bestehendes Wissen anzuwenden und zu überprüfen, wie es die AL fordert, ist das Mindeste. So wird wenigstens ein gutes Angebot für die andere Risikogruppe, die jetzt schon feststeht, möglich.

Marco Denoth (SP): *Ich bin dieses Jahr ebenfalls 50 Jahre alt geworden. Ich hatte in den letzten 20 Jahren auch Sex mit Männern. Deshalb verstehe ich die Argumente von Dr. David Garcia Nuñez (AL) für die Textänderung nicht genau. Der Checkpoint hat ein sehr diverses Publikum, das in einem geschützten, anonymen Rahmen getestet werden kann. Auch heterosexuelle und verheiratete Menschen können sich dort testen lassen. Ich unterstütze den Pilotversuch für Personen über 30 Jahre sehr. Es geht nicht um eine ideologische Ausweitung, sondern auch um wissenschaftliche Erkenntnisse. Nur wenn man das Angebot öffnet, können wir belastbar beurteilen, ob die Altersgruppe relevant zur Epidemiologie beiträgt oder nicht, STR Andreas Hauri. Evidenzbasierte Präventionspolitik braucht wissenschaftliche Daten und keine Annahmen. Diese sagen dann vielleicht aus, dass es nicht notwendig ist, das Angebot weiterzuführen.*

Walter Anken (SVP): *Ich staune. Sonst ist die linke Seite immer gegen das Giesskannen-Prinzip. Jedes Mal, wenn es um Beiträge geht, heisst es, die bösen Millionäre bekämen diese auch. Hier beim Gesundheitswesen sieht plötzlich alles anders aus. Da spielt es keine Rolle. Da soll alles gratis werden. Ihr wisst gar nicht, was ihr mit dieser Gratismentalität alles anrichtet. Es ist logisch, dass so Leistungen bezogen werden, die gar nicht nötig wären. Wer soll überhaupt noch ein Interesse daran haben, sich vernünftig zu verhalten? Gratis bedeutet nicht, dass es nichts kostet, Yves Henz (Grüne). Gratis bedeutet, dass ein anderer dafür bezahlt. Die Kosten sind vorhanden. Und bitte, Dr. David Garcia Nuñez (AL): Ich bin dieses Jahr 64 Jahre alt geworden. Ich hatte im Emmental nie eine sexuelle Aufklärung. Aber trotzdem habe ich herausgefunden, wie es geht. Es ist durchaus so, dass man zwischen 30 und 50 Jahren etwas lernen kann. Man kann einmal eine Zeitung aufschlagen, ein Buch hervornehmen oder sich im Internet informieren. Es ist möglich, dass man in diesen 20 oder – in meinem Fall – 30 Jahren etwas lernt. Es grenzt an eine Beleidigung der älteren Generation zu behaupten, sie brauche einen Pilotversuch, um herauszufinden, wie man mit solchen Problemen umgeht.*

Michael Schmid (FDP): *Yves Henz (Grüne) adressierte die grösste Portion seines Zorns an die FDP. Ich möchte daran erinnern, dass es auch der grünliberale Vorsteher des GUD war, der erklärte, weshalb das Postulat aus Public-Health-Überlegungen ins Leere läuft oder sogar kontraproduktiv ist. Yves Henz (Grüne) wirft uns ideologische Verblendung vor. Ideologie kann man sich hüben und drüben gegenseitig vorhalten. Am Ende des Tages sind wir Parteipolitiker. Wir haben unsere Überzeugungen. Das ist in Ordnung. Aber wir sind ein Milizparlament und wir haben es mit städtischen Gesundheitsdiensten zu tun: Das sind 180 Vollzeitäquivalente und Leute, die jahrelang studiert und praktische Erfahrungen haben. Sie beurteilen diese Frage aus ihrer fachlichen Sicht und mit ihrer jahrelangen Erfahrung, anders als Yves Henz (Grüne) und die rot-grünen Parteien. Das nehmen wir zur Kenntnis und sind deshalb von der fachlichen Expertise der*



6 / 6

zuständigen Dienstabteilung überzeugt, die vom grünliberalen Vorsteher vertreten wird. Ideologische «Anpflaumereien» müssen wir uns in diesem Zusammenhang nicht gefallen lassen.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie parallel zur Verstärkung des Angebots zur Testung sexuell übertragbarer Infektionen für junge Erwachsene (Weisung GR Nr. 2025/333) ein Pilotprojekt lanciert werden kann, welches den Zugang zu kostenloser Beratung, Testung und Erstbehandlung für sexuell übertragbare Infektionen (STI) auf die gesamte Wohnbevölkerung der Stadt Zürich ausweitet. Hierbei soll insbesondere die Kooperation zwischen dem Stadtspital und spezialisierten Testzentren gesucht werden.

Das geänderte Postulat wird mit 62 gegen 58 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat